

Berlin, 05. Juni 2016

Parteikonvent Berlin am 05. Juni 201

Beschluss

Solidarprojekt – Politik für die solidarische Mitte

Alleinerziehende brauchen einen Kitaplatz. Familien müssen eine bezahlbare Wohnung finden. Nach 40 Jahren harter Arbeit darf die Rente nicht kleiner sein als die Sozialhilfe. Frauen und Männer wollen einen guten Job mit anständigem Lohn. Und viele Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen, weil Rechtspopulisten Hass und Hetze verbreiten und versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Das sind wichtige Anliegen. Als SPD kümmern wir uns darum. Wir nehmen uns der Anliegen derer an, die sich solidarisch engagieren und in die Gesellschaft einbringen. Im Beruf, in der Familie oder im Ehrenamt. All derer, die in ihrer Lebenssituation Unterstützung brauchen. Sie alle gehören zur solidarischen Mitte der Gesellschaft.

Für diese Unterstützung sind Investitionen notwendig. Wir müssen mehr Geld in Kitas und Schulen und in gute Ausbildung stecken. Ebenso fehlen Investitionen in Infrastruktur, in schnelles Internet und in Innovationen, die unsere Wirtschaft voranbringen. Unsere Städte und Gemeinden brauchen mehr Investitionen, damit ganze Nachbarschaften nicht abgehängt werden.

Viele Aufgaben waren schon dringend, bevor Flüchtlinge in großer Zahl zu uns gekommen sind. Andere sind neu hinzugekommen. Für beide gilt: Jetzt müssen wir die Dinge angehen und die Weichen stellen. Es wäre fatal, die großen Aufgaben jetzt hinauszuschieben. Ziel unseres Solidarprojektes ist es, gute Zukunftschancen für alle zu schaffen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Deutschland hat die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise weitaus besser überstanden als die meisten unserer europäischen Partnerländer. Die Staatsfinanzen sind gesund. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig und das Wachstum ist robust.

Die Quellen unserer Kraft sind innovative Unternehmen, Millionen von hochqualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern, Ingenieurinnen und Ingenieuren, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Angestellten und Handwerkerinnen und Handwerkern. Dazu gehört auch ein leitungsstarker Öffentlicher Dienst, eine der bes-

ten Infrastrukturen der Welt. Nicht zuletzt ist es eine auf sozialen Ausgleich, Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung ausgerichtete soziale Marktwirtschaft mit ihren solidarischen Sicherungssystemen. All das ist fest verankert in unserer gewachsenen demokratischen Kultur. Mitmenschlichkeit, Toleranz, Weltoffenheit und Liberalität sind die großen Stärken unseres Landes.

Aber all das ist nicht selbstverständlich. Wenn wir unsere Kräfte nicht erneuern, dann wird Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung, der Digitalisierung, des demografischen Wandels und der Energiewende nicht bestehen können. Wir werden nicht die Chancen und Vorteile nutzen können, die die großen Zukunftstrends bieten, aber alle ihre Risiken und Nachteile zu tragen haben.

Die Vorboten ungenutzter Chancen und einer verschleppten Erneuerung sind bereits zu spüren: Unsere Unternehmen suchen dringend nach Fachkräften. Insbesondere unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen sind auf den digitalen Wandel der Ökonomie nicht gut genug vorbereitet. Der Investitionsrückstau für Straßen, Brücken und Datenleitungen beläuft sich mittlerweile auf 90 Milliarden Euro.

Gleichzeitig ist die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen zu groß, die Chance auf sozialen Aufstieg zu gering. Gute und bezahlbare Wohnungen gibt es viel zu wenige, Nachbarschaften, die zu sozialen Brennpunkten absteigen, viel zu viele. Die Angst vor Altersarmut wird immer größer, das Vertrauen in die Fairness und die Leistungsgerechtigkeit der sozialen Marktwirtschaft immer kleiner.

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und ihren Familien wird viel Flexibilität abverlangt, aber zu wenig Flexibilität und Sicherheit geboten. Der Wunsch, den eigenen Kindern die bestmögliche Bildung zu geben, war nie größer als heute, die empfundene Konkurrenz um gute Angebote allerdings auch.

Es reicht nicht mehr, nur auf Sicht zu fahren. Es ist Zeit, die großen Herausforderungen anzunehmen, Ziele zu setzen und in die Zukunft aufzubrechen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ein klares Bild von der Zukunft Deutschlands in zehn und zwanzig Jahren.

- Es ist ein Land, das wirtschaftlich und technologisch zur Spitzengruppe der Welt gehört, weil wir hier nach wie vor die beste Infrastruktur der Welt haben, weil unsere Unternehmen das Zeitalter der digitalen Ökonomie prägen und zu nutzen verstehen, und weil sie die Welt mit den besten Maschinen, Dienstleistungen und Energieeffizienztechnologien versorgen.
- Es ist ein Land, in dem technologische Innovationen in gesellschaftlichen Fortschritt verwandelt werden: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erhalten Zugang zu immer besseren Gütern und Dienstleistungen, die ein selbstbestimmtes Leben mög-

lich machen: Wissen und Bildung, Gesundheit und Mobilität, Freiheit und Sicherheit.

- Es ist ein Land mit Vollbeschäftigung, in dem jeder gute und sichere Arbeit hat, indem die Mitte wieder wächst und die Wahrscheinlichkeit des sozialen Aufstiegs weitaus größer ist als die des Abstiegs.
- Es ist ein Land, indem es echte Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit gibt: im Bildungssystem, bei Löhnen und auch bei Renten. Wer 40 Jahre gearbeitet und Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt hat, wird im Alter mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat.
- Es ist ein Land, in dem eine vorsorgende Bildungs-, Familien und Sozialpolitik Bildungsarmut und einen Mangel an Lebenschancen schon bekämpft, bevor sie entstehen. Kinder sind für ihre Eltern weder ein Armutsrisiko noch ein Karrierehindernis. Unser Bildungssystem hat ausreichend Plätze in hervorragenden Kitas, Schulen und Hochschulen – gebührenfrei.
- Gute und bezahlbare Wohnungen sind wieder der Normalfall, nicht mehr ein Glücksfall.
- Es ist ein Land, in dem die vielfältigen Lebensentwürfe und Familienmodelle seiner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr an überkommenen Regeln, Leistungsanreizen oder sozialen Unsicherheiten scheitern. Der moderne Sozialstaat versucht nicht länger seine Bürgerinnen und Bürger auf ein bestimmtes Lebensmodell festzulegen. Er schafft Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben und sichert es ab.

Vor allem aber ist Deutschland in Zukunft ein liberales, tolerantes und solidarisches Land. Wie groß die Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit in Deutschland sind, hat die Flüchtlingsmigration bewiesen. Nicht alle, die vor Krieg und Verfolgung, Vertreibung und Not zu uns fliehen mussten, werden bleiben können. Dennoch steht schon heute fest: Viele Flüchtlinge werden zu Einwanderern und bleiben.

Deshalb hat der Bundespräsident Recht: Die Flüchtlingsmigration ist die größte nationale Bewährungsprobe seit der Wiedervereinigung. Integration braucht einen langen Atem und sie kostet viel Geld.

Aber die Menschen, die zu uns fliehen, sind weder der Grund für die großen Zukunfts-Herausforderungen noch für die bereits bestehenden Probleme auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem. Es kann sein, dass sich diese Probleme durch die Flüchtlingsmigration verschärfen. Aber es liegt an uns, ob wir das zulassen oder nicht.

Wir müssen die Flüchtlingsbewegung auch als Weckruf begreifen, um die ungelösten Aufgaben in unserem Land anzupacken.

Wir in Deutschland brauchen weit höhere Zukunftsinvestitionen, von denen alle in unserem Land profitieren werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land brauchen Bildung und Ausbildung, gute Arbeit und bezahlbaren Wohnraum. Und es gibt immer noch zu viele, die von all dem zu wenig haben. Wir müssen jetzt zu Investitionen bereit sein, die für den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit unabdingbar sind.

Wir brauchen jetzt ein Solidarprojekt für Wachstum, Zukunftschancen und Zusammenhalt. Wir wollen eine neue Politik für die arbeitende Mitte in Deutschland.

Nicht zuletzt stehen wir dabei vor der historischen Bewährungsprobe, unser Demokratie-Modell gegen die Feinde der offenen Gesellschaft zu behaupten und zu stärken. All das, was unsere Demokratie auszeichnet - Toleranz und Solidarität, Freiheit, Liberalität und Sozialstaat – all das wird wieder jetzt wieder bedroht. Die Feinde der offenen und solidarischen Gesellschaft stehen rechts. Wir werden sie besiegen, indem wir durch tatkräftige Politik beweisen, dass die offene Gesellschaft und ihr Sozialstaat stärker, gerechter und erfolgreicher sind als alles, was ihre Feinde zu bieten haben. Gegen die hässliche Kreuzung aus völkischem Nationalismus und purem Neoliberalismus setzen wir die Werte der Aufklärung, der Nächstenliebe und der Arbeiterbewegung: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Viel erreicht – viel zu tun

Wir haben für dieses Projekt in dieser Legislaturperiode schon viel erreicht:

- Der Mindestlohn ist ein großer Durchbruch und wird sich rückblickend in die großen Sozialreformen einreihen, die zu mehr Gerechtigkeit beigetragen haben. Von ihm profitieren Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nun weit weniger von staatlichen Zuschüssen abhängig sind als zuvor. Zugleich ist für uns Sozialdemokraten aber klar: Der Mindestlohn ist ein Schutz gegen immer schärfere Lohnkonkurrenz nach unten. Er reicht aber noch nicht aus, um ein angemessenes Leben und auch ein gutes Auskommen nach dem Arbeitsleben zu sichern. Deshalb haben wir gleichzeitig mit dem Mindestlohn die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen auch für Unternehmen, die sich keinem Tarifvertrag anschließen, erleichtert. Unser Ziel sind tarifvertraglich gesicherte Löhne möglichst flächendeckend in ganz Deutschland.
- Die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ab 63 bzw. 65 honoriert die Arbeitsleistung von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch sie folgt dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, weil sie dafür sorgt, dass sich das Renteneintrittsalter stärker an der Zahl der Berufsjahre statt am Lebensalter orientiert.

- Die Milliardeninvestitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen entlasten junge Eltern, verbessern die Lebenschancen unserer Kinder und sorgen für Wachstum und Fortschritt.
- Die besseren Bedingungen in der Kranken- und Altenpflege verstärken die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates dort, wo er gebraucht wird.
- Die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip bei Maklern helfen im Kampf gegen Mietwucher und stärken die Rechte von Millionen Mietern in Deutschland.

Damit noch nicht genug: In den Haushaltseckpunkten 2017 haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Höhe von 20 Milliarden Euro bis 2020 durchgesetzt: für den sozialen Wohnungsbau, für Verkehrsinvestitionen, für Investitionen in Energieeffizienz und digitale Technologien, für mehr und bessere Kitas, für Arbeitsmarktförderung und Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge. Ein guter Einstieg in ein Solidarprojekt für Deutschland.

Aber all das kann nur ein Anfang sein. Wir wollen die Integration von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern in unsere Gesellschaft zu einem Erfolgsmodell machen. Dafür haben wir ein klares Leitbild. Wir wollen die offene Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Herkunft friedlich auf der Basis gemeinsamer Werte zusammenleben.

Wir wollen ein starkes Land. Deshalb brauchen wir jetzt weit höhere Investitionen in Infrastruktur und Mobilität, in die Digitalisierung und in Forschung und Entwicklung. Mit einem Deutschland-Plan wollen wir zu den weltweit innovationsstärksten Nationen aufsteigen. Wir wollen die wirtschaftliche Stärke Deutschlands nicht nur erhalten. Wir wollen noch innovativer, noch stärker werden. Denn wir wissen: Wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung für gute Arbeit, gerecht verteilten Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt der allen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ein besseres und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Stark zu bleiben und noch stärker zu werden, verlangt auch, soziale Ungleichheit in Deutschland zu verringern. Zu viel Ungleichheit verstößt gegen die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Zu viel Ungleichheit hemmt das Wirtschaftswachstum, verhindert Vollbeschäftigung und blockiert Investitionen. Nicht zuletzt führt die einseitige Verteilung von Vermögen und Einkommen zu Spekulationsblasen und Finanzmarktkrisen. Wir werden die soziale Ungleichheit an ihrer Wurzel bekämpfen: durch ein Bildungssystem, das echte Chancengleichheit gewährt und sozialen Aufstieg für alle ermöglicht, durch gute Arbeit, gute Löhne und ein gerechtes Steuer- und Rentensystem. Und wir werden dafür sorgen, dass alle notwendigen Zukunftsinvestitionen solide und gerecht finanziert werden.

Mit unseren Eckpunkten machen wir uns auf den Weg:

1. Die offene Gesellschaft: Zukunft zählt, nicht Herkunft!

Wer in seiner Heimat durch Krieg und Verfolgung bedroht wird, der verdient unsere Hilfe. Die Integration von Bürgerinnen und Bürgern, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, ist eine große Herausforderung, aber auch eine Chance.

Jenseits aller Diskussionen um Fluchtursachen, Außengrenzen und Flüchtlingskontingente müssen wir uns jetzt Fragen von grundsätzlicher Bedeutung stellen, die nach ganz praktischen Antworten verlangen: Wie gelingt Integration?

Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die auf Dauer bei uns leben und arbeiten wollen? Was müssen – und können - wir von ihnen verlangen? Nicht zuletzt: Wie verknüpfen wir Integration mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen Deutschlands?

Integration ist ein Prozess, an dessen Ende Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft eine gemeinsame Zukunft wollen. Integration verlangt gemeinsame politische Werte, echte Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit. Die beste Integrationspolitik ist eine gute Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die auf unterschiedliche Bedürfnisse und Probleme zugeschnitten wird.

Integration verlangt nicht, dass wir unsere Werte in Frage stellen oder relativieren. Individuelle Freiheit und Selbstbestimmung kombiniert mit Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit sind die stärksten und attraktivsten Ideen, die je in eine politische Ordnung gegossen wurden. Auch deshalb ist Deutschland heute das Sehnsuchtsland Nr.1 der demokratischen Welt.

Wir müssen uns wieder stärker auf unsere Werte besinnen und sie vorleben. Was Menschen unterscheidet, muss sie noch lange nicht trennen. Im Gegenteil: Vielfalt macht uns stärker. Unsere gemeinsame Zukunft zählt, nicht unsere unterschiedliche Herkunft. Wir werden von jeder und jedem, die bei uns bleiben wollen, die Einhaltung aller Regeln einfordern, die sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes durch Wahlen und Abstimmungen selbst gegeben haben. Und wir werden das Recht auf individuelle Selbstbestimmung eines jeden Menschen verteidigen, wenn es durch Fanatismus oder Rassismus bedroht wird.

Einwanderungsgesellschaften sind langfristig dynamischer, innovativer und auch wirtschaftlich stärker, als Länder, die glauben, sich abzuschotten zu müssen.

Gut möglich, dass man die heutige Einwanderung in 15 Jahren ein Geschenk der Geschichte nennen wird: ein Geschenk mit dem wir dem demografischen Wandel die Schärfe nehmen konnten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass uns die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zunächst sehr viel Geld kosten wird.

Deutschland steht am Scheideweg: Entweder wählen wir den Weg einer großen, mutigen, zukunftsgerichteten Gesellschaftspolitik und verbinden die Flüchtlingsmigration mit den dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wohnraum und Infrastruktur für alle oder unser Land wird ängstlich in die Enge und soziale Zerrissenheit einer gescheiterten Integrationspolitik treiben. Wenn wir aber jetzt die Kraft für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen aufbringen, wird Deutschland in zehn Jahren ein stärkeres und gerechteres Land sein als es heute ist.

2. Heute in das Wachstum von morgen investieren

Die Investitionslücke schließen

In Deutschland wird zu wenig investiert. Diese Investitionslücke bedroht künftiges Wachstum und Wohlstand. Wir wollen nicht nur diese Lücke so schnell wie möglich durch konkrete Investitionen schließen. Wir wollen darüber hinaus das hochproduktive Potenzial Deutschlands heben und verstärken. Bis 2025 soll die Investitionsquote Deutschlands über den OECD-Durchschnitt steigen, um in die Spitzengruppe der modernsten Wirtschaften aufzurücken. Dazu gehört, dass Deutschland die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Laufe der nächsten zehn Jahren auf vier Prozent des BIP steigert.

Deutschland muss mehr in seine öffentliche Infrastruktur investieren. Die Modernisierung unserer Infrastruktur – insbesondere schnelles Internet, Kommunikationsinfrastruktur und Verkehrswege – ist Voraussetzung für eine Steigerung privater Investitionen. Derzeit lebt Deutschland von der Substanz, der Kapitalstock des Landes verfällt. Die aktuelle Niedrigzinsphase ist eine historisch einmalige Chance: Investitionen zur Erneuerung unserer Wirtschaftskraft waren nie so dringend wie heute. Sie waren aber auch noch nie so günstig.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Breitband-Ausbauziele mit flächendeckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 sind ein wichtiger Zwischenschritt. Bald aber werden Bandbreiten mit 500 Mbit/s und mehr zu normalen technologischen Anforderungen gehören. Daher wollen wir eine zukunftsfähige Glasfaser-Strategie für ein Gigabitnetz mit klaren Ausbauzielen bis 2025 entwickeln und umsetzen. In den nächsten zehn Jahren müssen wir vor allem aus privaten, aber auch aus öffentlichen Mitteln 100 Mrd. Euro in ein Gigabitnetz investieren.

Zu einer integrierten Zukunftsstrategie gehört die Finanzierung von Verkehrswegen, Flughäfen, Häfen und Logistik auf hohem Niveau. Wir brauchen moderne Häfen mit einer guten Verkehrsanbindung ans Hinterland, um unsere Funktion als Logistik-Drehscheibe zu erfüllen. Wir wollen bei der Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes neue Wege gehen. Ziel muss eine effiziente und an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Netzbewirtschaftung im Rahmen demokratisch legitimierter strategischer Prioritäten sein. Existierende Instandhaltungslücken müssen geschlossen werden. Eine Privatisierung der Bundesfernstraßen lehnen wir ab.

Außer zusätzlichen Mitteln brauchen viele Kommunen einen besseren Zugang zu Expertise, um Investitionen wirtschaftlich planen und durchführen zu können. Zusammen mit den Ländern wollen wir dazu ein bundesweites Kompetenzzentrum aufbauen, das den Kommunen in allen Projektphasen als Berater zur Verfügung steht. Im Unterschied zu existierenden Angeboten würde dies insbesondere konventionell realisierte Investitionsvorhaben, die derzeit mehr als 95 Prozent aller kommunalen Infrastrukturprojekte ausmachen, unterstützen und einen sicheren Umgang mit öffentlich-privaten Partnerschaften ermöglichen.

Wir wollen die Anreize und Rahmenbedingungen für private Investitionen modernisieren. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Standortfaktoren wie eine bessere digitale Infrastruktur, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung und gut qualifizierte Arbeitskräfte. Wichtig sind jedoch auch steuerliche Rahmenbedingungen und Anreize. Wir werden deshalb, in Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf, die stimulierende Wirkung gezielter degressiver Abschreibungsregeln nutzen, um Unternehmen unmittelbar nach großen Investitionen steuerlich stärker als bisher zu entlasten.

Strukturschwache Regionen nicht zurücklassen

Die Struktur- und Investitionsstärken im Bundesgebiet sind nach wie vor ungleich verteilt. Wir haben zwar erreicht, dass sich die Qualität der öffentlichen Infrastrukturen angeglichen hat. Im Durchschnitt jedoch bleibt viel zu tun. Die Finanzkraft der Kommunen fällt bundesweit weit auseinander. Sowohl ost- als auch westdeutsche Flächenländer spüren die Lasten einer ungünstigen demografischen Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels. Bundesweit gibt es strukturschwache Regionen, die ohne gezielte Strukturpolitik weiter zurückfallen. Die SPD steht auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 zur gesamtstaatlichen Verantwortung für die Zukunftsperspektiven strukturschwacher Regionen. Wir wollen die Investitionstätigkeit in den strukturschwachen Regionen Deutschlands stärken. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, verstanden als gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen.

Innovationen durch Forschung und junge Unternehmen fördern

Gründerinnen und Gründer und junge Unternehmen sind Treiber von Innovation und Wachstum. Doch Deutschland hinkt bei Neugründungen dem weltweiten Trend noch hinterher. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, IT-Expertinnen und Experten in Deutschland zu halten und eigene Datenschutz- und Datensicherheitsstandards umzusetzen, gilt es, mehr Gründungen und mehr Wachstum für erfolgreiche Start-ups zu ermöglichen. Wir wollen eine „Neue Gründerzeit“. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Wagniskapital deutlich verbessern, auch um Start-ups in Deutschland groß zu machen und zu halten. Die steuerlichen Rahmenbedingungen sollen an europäische Standards angepasst werden.

Wir wollen die Forschungsförderung weiter ausbauen, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken und den Transfer von Technologie in die Marktreife beschleunigen. Über eine Steuergutschrift für FuE-Ausgaben in kleinen und mittleren Unternehmen soll die Forschungstätigkeit im Mittelstand gestärkt werden.

3. Gleiche Bildungschancen für alle – sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll

Die Zukunft unseres Landes, seine soziale und wirtschaftliche Stärke und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängen von gleichen Bildungschancen für alle ab. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, in unsere Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit in die Zukunft unseres Landes insgesamt. Nichts sichert Wachstum und Wohlstand für alle besser als ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem. Gute Bildung ist vor allem aber die Basis für ein gelingendes Leben, für Aufstiegsmöglichkeiten und die erfolgreiche Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger sowie für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt unseres Landes.

Ein bildungspolitischer Aufbruch wird nur gelingen, wenn sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam daran beteiligen. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz können wir uns weniger denn je leisten. Ideologische Blockaden müssen wir aufbrechen, um neue Formen der Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dann wäre endlich auch ein bundesweites Investitionsprogramm in Schulen und andere Bildungseinrichtungen möglich.

Gute Ganztagsangebote bieten den Raum, dass alle Kinder ihre Talente entfalten und individuell gefördert werden können. Sie bieten die Verlässlichkeit, die Eltern zur Vereinbarung von Familie und Beruf brauchen. Deshalb ist ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung und eine neue vom Bund unterstützte Ganztagschuloffensive dringend notwendig. Dazu gehört auch die weitere Beteiligung des Bundes am Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ Um die Entwicklung guter Ganztags-

schulen voranzubringen, wollen wir die Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen. Wir brauchen mehr psychologische und sozialpädagogische Hilfen, auch im Hinblick auf gestiegene Anforderungen bei der Integration.

Bildungschancen braucht es immer wieder neu, ein Leben lang. Deshalb wollen wir ein umfassendes Konzept der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung entwickeln, bestehende Instrumente unter einem Dach bündeln und um neue Ansätze ergänzen. Das BAföG muss über die aktuelle Reform hinaus weiterentwickelt werden. Hierzu gehört auch eine Stärkung des Schüler-BAföG, damit Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien der Besuch einer weiterführenden Schule nicht aus finanziellen Gründen versperrt bleibt. Nach der erfolgreichen Reform des Meister-BAföG wollen wir weitere Schritte hin zu einer echten Gleichwertigkeit der Förderinstrumente in der beruflichen und akademischen Bildung gehen.

In der digitalisierten Welt muss Bildung mehr sein als die Vermittlung technischer Kompetenzen und Fertigkeiten. Sie muss zu einem reflektierten Umgang mit den vielfältigen neuen Möglichkeiten beitragen. Das Lernen mit digitalen Medien eröffnet neue Lernwege und Darstellungsformen und ermöglicht unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten. Diese Möglichkeiten müssen wir konsequent nutzen, um das Lernen unserer Kinder und Jugendlichen zu unterstützen, ihre individuellen Stärken aus- und Schwächen abzubauen. Es entstehen neue Chancen, Brüche in Bildungswegen zu vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen den gleichen Zugang zu digitaler Bildung erhalten.

Eine wesentliche Stärke unseres Bildungssystems ist die duale Ausbildung. An den Lernorten Schule und Unternehmen werden Theorie und Praxis in einzigartiger Weise miteinander verbunden. Die berufliche Ausbildung bietet vielfältige Lebens- und Berufsperspektiven, die es stärker als bisher zu nutzen gilt. Um unsere Innovationsfähigkeit zu sichern, den Fachkräftebedarf zu decken und mehr individuelle Lebenswege zu ermöglichen, müssen berufliche und akademische Bildung stärker als bisher ineinander greifen. Deshalb wollen wir die berufliche Ausbildung aufwerten, sie für junge Menschen attraktiver machen. Dazu gehört auch, die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu schaffen, etwa durch eine Mindestausbildungsvergütung oder verbesserte Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Auszubildenden.

Gut ausgebildetes sozialpädagogisches Fachpersonal und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für ein gerechtes und integratives Bildungswesen. Wir brauchen für unsere Schulen und Kitas deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen in allen sozialen und pädagogischen Berufen. So müssen Bund und Länder z.B. eine gemeinsame Fachkräfteoffensive starten, um Lehrerinnen und Lehrern für das Lehramt

an berufsbildenden Schulen zu gewinnen. Die bisher verschulden Ausbildungen, wie z.B. von Sozialassistentinnen und –assistenten, von Sozialpädagoginnen und –pädagogen, wie auch von Erzieherinnen und Erziehern, müssen mit Blick auf die sich wandelnden Anforderungen weiterentwickelt werden. Sie müssen zukünftig in dualer Form, gebührenfrei und mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung sowie an Hochschulen angeboten werden.

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss stärker auf die aktuellen Anforderungen hin ausgerichtet werden. Wichtig sind systematische Angebote zur Anpassungs- und Nachqualifizierung, die auf den mitgebrachten Kompetenzen und Fähigkeiten aufbauen. Und schließlich brauchen wir stärkere Anreize, die Maßnahmen auch wahrzunehmen, indem wir Qualifizierungszuschüsse oder ein „Einstiegs-Darlehen“ gewähren.

4. Gute Arbeit verbindet

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein historischer Erfolg: sozial und wirtschaftlich. Geringfügige Beschäftigung nimmt ab. Traditionelle Niedriglohnbranchen erhalten eine Tarifbindung. Wir lassen es nicht zu, dass dieser Erfolg wieder in Frage gestellt wird. Deshalb erteilen wir allen Versuchen eine Absage, den Mindestlohn mit der Ausrede, es ginge um Flüchtlingsintegration, wieder aufzuweichen. Gesichertes Einkommen brauchen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden die Schutzfunktion des Mindestlohns weiterentwickeln, wenn es für die Sicherung der Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer notwendig ist. Ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften kann helfen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Rechte besser wahrnehmen können. Wir werden die Kontrollen ausweiten, vor allem durch die angemessene Ausstattung der staatlichen Organe, wie der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, zumindest im ursprünglich vereinbarten Umfang, und des Prüfdienstes der Rentenversicherung sowie der Einrichtung von mehr Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

Wir haben die Möglichkeiten der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vereinfacht und erweitert. Wo Tarifverträge gelten, gibt es gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Diese Politik verfolgen wir weiter. Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden. Wir setzen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ um. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass mit einer klaren Definition des Werkvertrags nicht andere missbräuchliche Wege des Sozialdumpings genutzt werden. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher wird verboten. Betriebsräte erhalten mehr Rechte.

Frauen sind auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt immer noch nicht gleichgestellt. Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist immer noch keine Realität und die Karrierechancen von Frauen sind trotz bester Qualifikation nach wie vor geringer als die der Männer. Wir werden diesen unwürdigen Zustand mit einem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit bekämpfen. Bundesministerin Manuela Schwesig hat dafür bereits vor einem halben Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der seitdem von der Union blockiert wird. Die Union muss ihre Blockade nun endlich beenden und den Weg für Lohngerechtigkeit frei machen.

Wir werden das Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit noch in dieser Wahlperiode einführen und mit dem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit nach der Einführung des Mindestlohns einen weiteren Schritt zur Schließung der Lohnlücke machen. Dem ElterngeldPlus und der Einführung der Quote müssen weitere Schritte für mehr Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie und zur Verbesserung der Karrierechancen folgen.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Stärkung der Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen ein. Insbesondere beim digitalen Wandel, der die Arbeitswelt stark verändern wird, müssen Betriebs- und Personalräte mitentscheiden.

Langzeitarbeitslose unterstützen wir auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt. Deswegen haben wir mit einem neuen Solidarprojekt über zwei Milliarden Euro mehr für die Förderung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Dies kommt allen zugute, die eine Arbeit suchen. Aber wir benötigen noch mehr. Gerade in Regionen mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit werden wir alle Arbeitsuchenden nur dann in den Arbeitsmarkt integrieren können, wenn wir einen echten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit einem Passiv-Aktiv-Tausch auf den Weg bringen. Es ist für uns unverständlich, dass die Union dieses Vorhaben noch immer blockiert.

Unser Land braucht eine neue Arbeitszeitpolitik. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher Perspektive, Familien- und Privatleben entscheiden. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung ihres (Erwerbs-) Lebens erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abbauen und für mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen Arbeit und Leben zu sorgen! Wir wollen Freiräume schaffen für Familien- und Sorgearbeit, Weiterbildung und auch mehr gesellschaftliches Engagement. Mit unserem Konzept der Familienarbeitszeit und dem Rechtsanspruch auf eine befristete Teilzeit werden wir mehr individuelle Wahlfreiheit der Arbeitszeit schaffen und

fördern. Wir fördern Arbeitszeitkonten, damit Arbeitszeit nicht mehr verfällt und die Beschäftigten zusätzliche Spielräume in der Arbeitszeitgestaltung erhalten.

5. Mehr Sicherheit – unseren Sozialstaat modernisieren

Rentenniveau stabilisieren

Mit dem Rentenpaket, das die SPD in dieser Koalition durchgesetzt hat, wurde eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, die viele Bürgerinnen und Bürger zu Recht anprangerten, weil ihre erbrachte Leistung nicht ausreichend gewürdigt wurde. Die Solidarrente (Mindestrente) und die Ost-West-Angleichung ergänzen dies. Diese Verbesserungen finden große Zustimmung bei der Mehrheit der Bevölkerung.

Getragen von einer günstigen Wirtschaftslage, einer hohen Erwerbsbeteiligung und erfolgreichen Maßnahmen am Arbeitsmarkt, wie der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, steht die gesetzliche Rentenversicherung gegenwärtig gut da: In diesem Jahr steigen die Renten um fast 7 Milliarden Euro, um 4,5 Prozent in West- und fast 6 Prozent in Ostdeutschland. Die Rentenversicherungsbeiträge und das Leistungsniveau bleiben voraussichtlich bis 2020 stabil.

Auf längere Sicht wird die Alterssicherung in Deutschland, und insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, vor Herausforderungen stehen. Unser Ziel ist es, ein stabiles Rentenniveau zu erreichen, das sich am vorherigen Lebensstandard orientiert, und Armut im Alter zu verhindern. Gleichzeitig gilt es, eine stabile Finanzierung zu erreichen.

Lebensleistung muss sich auszahlen

Wir wollen, dass sich langjährige Beitragszahlung in der Sozialversicherung auszahlt. Wer 40 Jahre gearbeitet hat und Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt hat, muss im Alter mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat. Deswegen wollen wir eine Solidarrente (Mindestrente) einführen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Die notwendigen Haushaltsmittel für einen Start am 1. Juli 2017 haben wir bereits in den Eckwerten zum Bundeshaushalt durchgesetzt. Damit schaffen wir den Einstieg in die Solidarrente. Die solidarische Lebensleistungsrente garantiert sehr vielen langjährigen Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe.

Eine Frage der Gerechtigkeit: Ost-West-Rentenangleichung

27 Jahre nach der Einigung Deutschlands ist unstrittig, dass die Fortführung der jetzigen Rechtssituation zu immer größeren Unstimmigkeiten im Rentenrecht führt und insbesondere die Akzeptanz dafür sinkt – und zwar nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland.

Für uns gilt der Koalitionsvertrag: Im Jahr 2019, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein

wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Dieses Jahr prüfen wir, wie weit die Angleichung der Altersbezüge in den neuen und den alten Bundesländern vorangekommen ist. Und wir wollen in dieser Wahlperiode ein Gesetz, das den Fahrplan zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost und West festschreibt.

Paritätische Finanzierung wieder herstellen

Das Gesundheitswesen in Deutschland bietet eine hochwertige Versorgung. Die Reformen dieser Wahlperiode haben diese weiter verbessert und tragen die Handschrift der SPD.

Zugleich steigen die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen für die Versicherten zu stark. Wenn auch künftige Erhöhungen allein von den Versicherten bezahlt werden müssen, verstößt dies gegen eine solidarische Finanzierung. Die jetzige Aufteilung der Beiträge belastet vor allem die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor diesem Hintergrund ist eine Rückkehr zur vollständigen paritätischen Finanzierung dringend geboten.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge wieder hergestellt wird.

Auch in Zukunft müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen auf eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung - unabhängig von Geldbeutel, Wohnort oder Lebensumständen - verlassen können.

Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung. Das bedeutet für uns: gleicher Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, solidarische Versicherung für alle und eine gerechte Finanzierung.

Eine inklusive Gesellschaft ist eine menschliche Gesellschaft

Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein. Im Zentrum unserer Politik stehen nicht Institutionen, sondern Menschen. Denn jeder Mensch ist anders. Unser Ziel ist deshalb, dass jeder und jede Einzelne entsprechend den individuellen Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben umfassend und selbstbestimmt teilhaben kann. Das schließt das Recht auf Selbstvertretung ein. Aufgrund einer Behinderung oder Beeinträchtigung darf niemand zum Bittsteller um Transferleistungen werden.

Mit einem Bundesteilhabegesetz für Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen führen wir die Eingliederungshilfe aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ heraus. Der Mensch steht im Zentrum, das ist der Grundsatz der Leistungen. Wunsch- und Wahlrecht und soziale Teilhabe werden gesichert und das Budget für Arbeit für alle Bürgerinnen und Bürger mit wesentlichen Behinderungen geöffnet. Die Beratung über Teil-

habeleistungen muss unabhängig sein. Das geltende Recht der Heranziehung von Einkommen und Vermögen muss grundlegend geändert werden.

6. Gutes und bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt und im ländlichen Raum

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und kein Luxusgut. Bürgerinnen und Bürger in allen Lebenslagen und Lebensphasen haben Anspruch auf gutes und bezahlbares Wohnen, ein attraktives, generationengerechtes Wohnumfeld in sozial gemischten Quartieren.

In vielen großen Städten, insbesondere Universitätsstädten, und Ballungsregionen ist das Wohnungsangebot so knapp, dass die Mieten exorbitant gestiegen und für viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bezahlbar sind. Um den Bedarf in diesen Regionen zu decken, brauchen wir den Bau von mindestens 350.000 bis 400.000 Wohnungen jährlich. Und wir brauchen mehr Wohnungen mit Sozialbindung.

Wir haben in dieser Legislaturperiode schon viel erreicht. Mit der Mietpreisbremse, der Wohngeldreform, der Erhöhung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung, dem Programm „Altengerecht umbauen“ und nicht zuletzt mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen haben wir die Bedingungen für den Neu- und Umbau von bezahlbaren Wohnungen deutlich verbessert und sorgen damit zugleich für eine Entlastung von Mieterinnen und Mietern.

Mit der deutlichen Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderprogramme - und hier insbesondere das Programm „Soziale Stadt“ - haben wir notwendige Investitionen in die Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden auf den Weg gebracht. Dadurch können wir den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren festigen.

Auf diesen Erfolgen können und werden wir uns aber nicht ausruhen. Mit der zweiten Stufe der Mietrechtsreform wollen wir die Mieterinnen und Mieter bei der Übernahme von Kosten für Modernisierungsmaßnahmen entlasten.

Wir begrüßen daher den von Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegten Entwurf zu einer Mietrechtsreform II, insbesondere mit Blick auf die Stärkung des Mietspiegels, die Verlängerung des Bezugszeitraums von vier auf acht Jahre zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete, die Absenkung der Modernisierungsumlage von 11 Prozent auf 8 Prozent und die Klarstellung bei der Wohnflächenberechnung.

Wir begrüßen ebenso die Ankündigung des Bundesjustizministers, die Mietpreisbremse effizienter zu machen. Für diesen Fall brauchen wir eine Pflicht des Vermieters, die Vormiete automatisch offenzulegen und einen Anspruch des Mieters, die zu viel gezahlte Miete rückwirkend bis zum Vertragsschluss zurückzubekommen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund auch in Zukunft Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung übernimmt und wollen das Wohngeld in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern weiterentwickeln.

Wir werden Wohnungsgenossenschaften beim Neubau von Wohnungen als Garanten für bezahlbarem und sicherem Wohnraum unterstützen.

Wir werden den Wohnungsbestand so umbauen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger möglichst lange und selbstbestimmt Leben in der eigenen Wohnung und dem eigenen Wohnumfeld wohnen bleiben können.

Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ in den kommenden Jahren weiter stärken, um insbesondere benachteiligte Quartiere wirkungsvoll und verlässlich zu unterstützen. Dabei helfen soll auch die Gründung einer Bundesstiftung „Soziale Stadt“, die wir noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen wollen.

7. Solide Finanzen und ein gerechtes Steuersystem

Alle diese Zukunftsinvestitionen müssen solide finanziert werden. Wir wissen, dass insbesondere der Bundeshaushalt hierzu noch Spielräume bietet. Wir wollen die notwendigen Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt tätigen. Wir wissen aber auch, dass insbesondere Länder und Kommunen vor dem Hintergrund der Zuwanderung deutlich mehr finanzielle Spielräume zur Gestaltung von Zukunftsinvestitionen benötigen.

Gleichzeitig beobachten wir eine zunehmende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eine Ursache für diese Entwicklung ist die Struktur unseres Steuersystems. Erbschaften in Millionenhöhe können fast steuerfrei übertragen werden, Milliarden Euro werden mit Hilfe dubioser Finanzierungsinstrumente und Finanzplätze hinterzogen. Einkommen aus Kapital wird nach wie vor geringer besteuert als Einkommen aus Arbeit. Das zeigt: Steuerreformen müssen Bestandteil einer Finanzpolitik sein, die nicht die Interessen Einzelner vertritt, sondern als Maßnahmen einer gerechten Politik gesellschaftliche Veränderungen solide finanziert. Wir wollen ein Steuersystem, das gerechter ist und allen staatlichen Ebenen den Handlungsspielraum für Zukunftsinvestitionen gewährleistet.

Wir machen uns deshalb stark für eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen und eine gerechte Kapitalbesteuerung. Einkommen aus harter Arbeit dürfen nicht stärker besteuert werden als Einkommen aus Aktienbesitz. Die Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte muss deshalb abgeschafft werden.

Unsere Initiativen zu mehr Steuergerechtigkeit werden auch die Fragen der Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften umfassen, die keinem produktiven Zweck dienen. Die dadurch möglichen Mehreinnahmen für Bildung oder innere und soziale Sicherheit sind notwendig. Wir dürfen aber auch die jährlichen Verluste durch Steuerhinterziehung und Steurdumping innerhalb der Europäischen Union nicht vergessen. Mehr als 150 Milliarden € - also rund 50 Prozent des Bundeshaushaltes – gehen unserem Land jährlich dadurch verloren. Steurdumping in der EU und Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch internationale Finanztransfers müssen und wollen wir energisch bekämpfen.

Gerade die Enthüllungen rund um die Panama-Papers haben erneut das Ausmaß des weltweiten Steuerbetrugs deutlich gemacht. Für uns ist klar: Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern schädigt die Gemeinschaft. Überall dort, wo wir Verantwortung tragen, bekämpfen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln Steuerhinterziehung als das, was es ist: eine Straftat. Das wollen wir fortsetzen. Mit mehr Personal für Steuerbehörden, härteren Strafen bei Steuerbetrug und einer engeren internationalen Koordination zur Austrocknung illegaler Finanzplätze.

Unsere Politik für die solidarische Mitte

Unser Projekt stärkt wirtschaftliches Wachstum. Unser Projekt braucht soziale Investitionen in Bildung, gute Arbeit, soziale Sicherheit und lebenswerte Kommunen. Eine Politik für die solidarische Mitte ist eine Politik, die Arbeit und Leistung belohnt. Eine Politik, die Aufstiegschancen und soziale Sicherheit schafft und Solidarität fördert. Und eine Politik zur Stärkung des produktiven Kerns einer modernen Wirtschaft.

Auf die wachsende Verunsicherung in unserer Gesellschaft müssen wir antworten. Mit einem neuen Projekt der Solidarität und der solidarischen Modernisierung unseres Landes und Europas. Besinnen wir uns auf unsere Leitidee: Wirtschaftlicher Erfolg schafft sozialen Fortschritt. Sozialer Fortschritt erhöht den wirtschaftlichen Erfolg.

Eine Gesellschaft mit starker Mitte wird eine sozialdemokratische Gesellschaft sein!